

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Kreuzeder und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 11/38 —**

**Radioaktive Belastung von Fleisch- und Milchprodukten**

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat mit Schreiben vom 28. April 1987 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

1. Wird die Bundesregierung der Risikoeinschätzung des schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministeriums folgen und die Grenzwerte bundesweit auf 20 Becquerel/Liter festsetzen?

Bei der Aussage, daß in Schleswig-Holstein erzeugte Trinkmilch nicht mehr als 20 Bq/l Gesamtcäsium enthält, handelt es sich um eine Feststellung und nicht um die Festlegung eines Grenzwertes aufgrund einer Risikoeinschätzung.

2. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch die radioaktive Belastung des Molkepulvers, des Heus und der Silagen in den einzelnen Landkreisen und Ländern der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Bayerns und Baden-Württembergs, seit Anfang des Jahres 1987 ist?

Die Meßwerte der Radioaktivitätsüberwachung der als Winterfutter verwendeten Futtermittel (insbesondere Heu- und Grassilage des ersten Schnittes) zeigen eine große Schwankungsbreite.

Die radioaktive Kontamination von Futtermitteln beträgt zwischen 1000 und 52000 Bq/kg für Cäsium 137 – die Werte für Cäsium 134 entsprechen etwa 40 % der Werte für Cäsium 137 –, wobei die höheren Meßwerte in den höher kontaminierten Gebie-

ten Süddeutschlands (Regierungsbezirke Niederbayern, Oberbayern, Schwaben und Tübingen) festgestellt wurden. Die daraus resultierende radioaktive Kontamination der Milch konnte durch besondere Fütterungsmethoden (Mischfütterung) und durch Zufüttern von Natrium – Bentonit – einem naturbelassenen Tonmineral – jedoch um bis zu 50 % gesenkt werden.

Der seither für Süddeutschland repräsentative Wert für Milch und Milchprodukte liegt denn auch bei 20 Bq/l für Cäsium 137; die Aktivitätswerte für Molkepulver liegen unterhalb des auf der Grundlage der EG-Verordnung festgelegten Grenzwertes von 1 850 Bq/kg.

3. Welche Menge an Molkepulver wird insgesamt in Bayern und Baden-Württemberg vom 1. Mai 1986 bis 1. Juni 1987 anfallen?

Nach Schätzungen der Bundesregierung werden im angegebenen Zeitraum in Baden-Württemberg 6 100 t und in Bayern 110 000 t Molkepulver anfallen; die Mehrzahl der Molkereiunternehmen, die sich auf Molkepulver spezialisiert haben, liegt in Bayern.

4. Welche radioaktiven Belastungen des Schweine- und Rindfleischs und aller Milchprodukte sind nach Einschätzung der Bundesregierung aus der Verfütterung von radioaktivem Heu, Silage und Molke zu erwarten, welche Werte wurden bislang bei den Fleisch- und Milchprodukten (einschließlich Molke, Trinkmolke, Joghurt) von den Landwirtschaftskammern/Landwirtschaftsämtern, Lebensmittel-Untersuchungs- und Kontrollstellen in den Landkreisen und Ländern ermittelt, und wie wurden diese Ermittlungen durchgeführt (Art der Proben, Häufigkeit, statistische Auswertung)?

Für die Bundesregierung ausschlaggebend sind die Radioaktivitätswerte, die von den jeweils zuständigen Leitstellen des Bundes zur Überwachung der Umweltradioaktivität aus den bundesweit vorliegenden Meßdaten der Meßstellen der Länder und der Leitstellen selbst ermittelt werden. Probenahme und Auswertung erfolgen anhand der Meßanleitungen für die Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt, herausgegeben von den Leitstellen für die Überwachung der Umweltradioaktivität.

Seit November 1986 ist der repräsentative Wert für Milch und Milchprodukte sowohl im Norden als auch im Süden praktisch konstant; er liegt bei 14 bzw. 28 Bq/l. Fleisch weist ebenfalls eine nur geringfügige Kontamination auf; der repräsentative Wert für Rindfleisch beträgt 28 Bq/kg, für Kalbfleisch 60 Bq/kg, für Schweinefleisch 25 Bq/kg, für Schaffleisch 24 Bq/kg (Gesamt-cäsium).

Diese Werte bestätigen die abgeschätzten Kontaminationswerte, die mit dem Einsatz der Winterfütterung und auf Grund der für den süddeutschen Raum ausgegebenen Verfütterungsempfehlungen zu erwarten waren.

5. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die radioaktive Belastung des Schweinefleischs durch die Verfütterung radioaktiver Molke zu verhindern, und aus welchen Gründen darf Molke in flüssiger Form verfüttert werden?

Maßnahmen zu einer weiteren Reduzierung der radioaktiven Kontamination von Schweinefleisch durch die Verfütterung von Molke hält die Bundesregierung bei den vorliegenden Meßwerten (siehe Antwort auf Frage 4) für nicht erforderlich.

6. Welche Pläne hat die Bundesregierung, um die Zwischen- und Endlagerung alles anfallenden radioaktiven Molkepulvers sicherzustellen, und wann wird sie die Bürger und betroffenen Gemeinden davon in Kenntnis setzen?

Die 7 000 t gelagertes Molkepulver (3 000 t in Meppen, 2 000 t in Feldkirchen Mitterharthausen, 2 000 t in Forstin), dessen Aktivität an radioaktivem Cäsium die Grenzwerte der Europäischen Gemeinschaft übersteigt, wird nach dem Verfahren von Prof. Roiner der Technischen Hochschule Hannover dekontaminiert. Dieses dekontaminierte Molkepulver ist uneingeschränkt als Tierfutter verwertbar.

Weiteres Molkepulver, dessen Aktivitätswerte die EG-Grenzwerte überschreitet, ist nach vorliegenden Erkenntnissen der Bundesregierung nicht angefallen.

Die Bevölkerung wurde über das Dekontaminationsverfahren unterrichtet.

7. Welche Unterstützungsmaßnahmen sind für die am stärksten betroffenen Molkereien vorgesehen?

Entfällt wegen Antwort zu Frage 6.

8. Inwieweit macht die Bundesregierung den einzelnen Gemeinden und Kreisen Untersuchungsergebnisse über die radioaktive Belastung landwirtschaftlicher Produkte und Flächen zugänglich und unterstützt sie im Rahmen der Aufklärungs- und Informationsarbeit?

In den vom Bundesgesundheitsamt im Auftrag der Bundesregierung erstellten monatlichen Berichten zur Strahlenexposition der Bevölkerung sind neben den aktuellen Aktivitätswerten landwirtschaftlicher Produkte auch Informationen über die Bodenkontamination im gesamten Bundesgebiet enthalten. Diese Berichte werden den zuständigen Länderbehörden zur weiteren Verwendung monatlich zugesandt. Die Strahlenschutzkommission gibt in diesen Tagen den Abschlußbericht über die Auswirkungen des Reaktorunfalls Tschernobyl auf die Bundesrepublik Deutschland heraus, der auch Untersuchungsergebnisse über die radioaktive Belastung landwirtschaftlicher Erzeugnisse enthält; dieser wird vom BMU veröffentlicht werden.

